Beschlussvorlage KT 0745/2018

**Betreff: Beteiligungen des Wartburgkreises; Verkehrsunternehmen
Wartburgmobil (VUW) gkAöR; hier: Vereinbarung zur Regelung eines
Rückforderungsmechanismus für evtl. Überkompensationen**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Sitzungsart	Zuständigkeit
Kreisausschuss	17.12.2018	öffentlich	Vorberatung
Kreistag	19.12.2018	öffentlich	Entscheidung

I. Beschlussvorschlag

Der Kreistag stimmt der als Anlage beigefügten Vereinbarung zur Regelung eines Rückforderungsmechanismus für eventuelle Überkompensationen zwischen dem Wartburgkreis, der Stadt Eisenach und der Verkehrsunternehmen Wartburgmobil (VUW) gkAöR zu und beauftragt den Landrat, die Vereinbarung abzuschließen.

II. Begründung

Im Rahmen der für 2018 ff. geplanten E-Busprojekte der VUW gkAöR wurde eine Förderung durch die Thüringer Aufbaubank (TAB) beantragt. Nach Rückinformation der TAB ist dafür ein Betrauungsakt notwendig.

Wartburgkreis und Stadt Eisenach haben die ihnen im Rahmen der Daseinsvorsorge nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 und 3 ThürÖPNVG in Verbindung mit § 8 Abs. 3 des PBefG dem Wartburgkreis und der Stadt Eisenach zugewiesenen Trägerschaften für den straßengebundenen Öffentlichen Personennahverkehr auf die Verkehrsunternehmen Wartburgmobil (VUW) gkAöR übertragen. Die Übertragung ist in der Unternehmenssatzung der VUW gkAöR geregelt. Da die VUW Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen ist, kann sie mit sich selbst keinen Betrauungsakt abschließen.

Die Betrauung ist damit über die Unternehmenssatzung erfolgt, die alle wesentlichen Elemente der EUVO enthält.

1. Übertragung der Aufgabenträgerschaft
 - a. § 2 Abs. 1 der Unternehmenssatzung: Aufgabenträgerschaft
 - b. § 2 Abs. 2 der Unternehmenssatzung: Beschränkung auf das Gebiet der Anstaltsträger
2. Finanzieller Ausgleich § 12 Abs. 2 der Unternehmenssatzung
3. Trennungsrechnung § 14 Abs. 2 bis 4 der Unternehmenssatzung

Es fehlt die Regelung zum Rückforderungsmechanismus für eventuelle Überkompensationen, die nach Art. 4 Satz 2 lit. e i.V.m. Art. 6 Abs. 2 des Freistellungsbeschlusses der EU Kommission für eine Förderung erforderlich ist. Die Aufnahme einer Regelung zur Überkompensation wurde bei der Erstellung des Unternehmensvertrages angesprochen, wurde aber

nicht aufgenommen, weil die Träger auf der Grundlage der zu erstellenden Trennungsrechnung im Rahmen der Beschlussfassung zum Haushalt der VUW gkAöR über die Rückforderung entscheiden sollten.

Seitens der TAB wurde bestätigt, dass die Unternehmenssatzung als „Betrachtung“ angesehen werden kann. Da aber aus ihrer Sicht und speziell für die E-Busförderung der TAB eine Regelung zur Überkompensation erforderlich ist, besteht die Möglichkeit, über einen zusätzlichen Vertrag die Regelungen des § 12 Abs. 2 der Unternehmenssatzung zu konkretisieren und damit eine Förderung zu ermöglichen. Der beigefügte Vertrag wurde mit der TAB abgestimmt.

Auszug aus dem Freistellungsbeschluss der EU Kommission vom 20.12.2011:

Artikel 4

Betrachtung

Die Erbringung der Dienstleistung von allgemeinem öffentlichem Interesse dem Unternehmen wird im Wege eines oder mehrerer Betrachtungsakte übertragen, deren Form von den einzelnen Mitgliedstaaten bestimmt werden kann. In dem Akt/den Akten muss insbesondere Folgendes festgelegt sein:

...

- e) Maßnahmen zur Vermeidung und Rückforderung von Überkompensationszahlungen und

Artikel 6

Kontrolle von Überkompensation

...

(2) Hat ein Unternehmen einen höheren Ausgleich erhalten, als in Artikel 5 vorgesehen, so fordert der Mitgliedstaat das betreffende Unternehmen zur Rückzahlung der Überkompensation auf. Die Parameter für die Berechnung des Ausgleichs werden für die künftige Anwendung neu festgelegt. Übersteigt die Überkompensation den durchschnittlichen jährlichen Ausgleich nicht um mehr als 10 %, so kann sie auf den nächsten Zeitraum übertragen und von dem für diesen Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen werden.

gez. Krebs
Landrat